

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.
Wesenspreis: Vierteljähr. 1 Mk. 50 Pf. (ohne Bestellgeld).
Post-Bestellnummer 6858.
Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.
Einzelnummer 10 Pfennige.

**Anabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit.**

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnitzer Straße 43.

Inserate
werden die 6 gespaltene Zeile ober deren Raum mit 15 Pf.
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.
Redaktions-Sprechstunde: 11—1 Uhr.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1366.

Nr. 279.

Ratholiken: Mariä Empf.

Dienstag, den 8. Dezember 1903.

Protestanten: Mariä Empf.

2. Jahrgang.

Die sozialpolitischen Anträge der Zentrumsfraktion des Reichstages.

In der Thronrede heißt es: „Die sozialpolitische Gesetzgebung auf den in früheren Kundgebungen vorgezeichneten Grundlagen fortzuführen, den Bedürftigen erweiterte Fürsorge, den Schwachen erhöhten Schutz zu gewähren, sind die verbündeten Regierungen — unbeeinträchtigt durch politische Strömungen — fest entschlossen.“ Dabei sind dieselben sich sehr wohl bewußt, daß ihre Tätigkeit und „die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes noch vor große Aufgaben gestellt sind, wenn wir den Anforderungen steigender Kultur entsprechen sollen.“ Sieht man von dem in der Thronrede angeführten Gesetzentwurf über Kaufmannsgerichte ab, so enthält dieselbe keine weiteren bestimmten Vorschläge und Maßnahmen, die von den Regierungen für eine sozial-reformatorische Betätigung des neuen Reichstages zu erwarten sind.

Diese sehr platonisch gehaltene Liebeserklärung der verbündeten Regierungen zur Weiterführung der Sozialreform hat der Zentrumsfraktion des Reichstages selbstredend nicht genügt und sie ist deshalb um so entschiedener vorgegangen. Mehrere sozialpolitische Anträge konnten aus ihrer Mitte am Freitagabend auf dem Bureau des Reichstages abgegeben werden, und sie waren alle mit Unterschriften über und über bedeckt.

Noch nie seit 1871 sind sofort zu Beginn der Tagung vonseiten des Zentrums so viele sozialpolitische Anträge gestellt worden, wie diesmal. Kann es eine entschiedenere und mehr energische Willenskundgebung für den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung geben, als diesen Schritt? Dabei würde es völlig falsch sein, anzunehmen, daß hiermit das Zentrum alle seine Wünsche geküßert hätte; die große sozialpolitische Debatte im Februar kommenden Jahres bei der Beratung des Etats des Innern wird weitere Resolutionen auf diesem Gebiete zeitigen. Dieses entschiedene Vorgehen ist auch die beste Antwort auf die im Februar d. J. aufgestellte Behauptung des nun glücklich durchgefallenen sozialdemokratischen Abg. Koch, daß das Zentrum nur vor den Wahlen mit seinen sozialpolitischen Anträgen komme. Widerspricht diese leere Aufstellung schon ganz offenkundig der ganzen Geschichte der Sozialreform, so ist nun dieser jüdisch-russische Parteisanatiker vor der Öffentlichkeit doppelt lächerlich gemacht.

An der Spitze der sozialpolitischen Anträge steht die Interpellation Trimborn über Ausführung der Kaiserlichen Februar-Erlasse, die bezüglich der Berufsvereine und der Arbeitskammern immer noch auf dem Papiere stehen; wenn das Zentrum gerade diese beiden Fragen jetzt in den Vordergrund rückt, so wird damit im Reichstage ein Echo des ersten deutschen Arbeiterkongresses in Frankfurt geweckt. Das Zentrum hat allerdings schon anfangs der 90er Jahre des verfloffenen Jahrhunderts diese beiden Forderungen aufgestellt; die Arbeiterwelt wird aber mit Freuden vernehmen, wie hier die ganze Zentrumsfraktion hinter sie tritt. Um die Angelegenheit möglichst bald zur Sprache zu bringen, ist auch der Weg der Interpellation gewählt worden, die auf Seiten der verbündeten Regierungen hoffentlich günstige Beantwortung findet. Die neun übrigen sozialpolitischen Anträge behandeln teils alte Wünsche, teils neuere Forderungen. Zu gunsten der Bergarbeiter soll das gesamte Bergrecht für das Deutsche Reich einheitlich geregelt werden, die Bergarbeiter aber hierbei in allen Teilen der Gewerbeordnung unterstellt und diese eigens für sie passende und notwendige Bestimmungen erhalten; auch die Bekämpfung der Barmkrankheit soll einheitlich erfolgen. Für den Schutz der Fabrikarbeiterinnen sind zwei Anträge gestellt worden. Der eine will die Maximalarbeitszeit auf 10 Stunden festsetzen, während es seither deren 11 sind; aber für die verheirateten Fabrikarbeiterinnen soll diese Zeit nur 9 Stunden sein und an den Vorabenden der Sonn- und Festtage nur 6, um mit der Zeit den freien Sonnabend nachmittag zu erhalten, im Interesse der Familie wie dem der Sonntagsruhe. Auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes steht es derzeit noch recht mangelhaft aus und es herrscht eine Buntsfarbigkeit sondergleichen; deshalb fordert ein Antrag eine einheitliche Regelung für ganz Deutschland und will zur wirksamen Durchführung eigene Aufsichtsbeamte anstellen, die insbesondere auch aus dem Arbeiterstande selbst zu nehmen sind. Die Angestellten auf den Kontoren der Notare, Rechtsanwälte usw. entbehren noch jeden Schutzes, ein Antrag will ihnen diesen zuführen. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist infolge der vielen Ausnahmegestimmungen fast keine mehr; das Gesetz hat ein Loch neben dem andern und fast jeder Ort andere Bestimmungen. Ein Zentrumsantrag will diese nun einheitlich regeln und das ganze Gesetz strenger durchführen.

Für das Handwerk und den Mittelstand sind 3 Anträge eingebracht worden; zunächst soll die Befugnis zum Halten von Lehrlingen nur dem zustehen, der die Meisterprüfung abgelegt hat; der Befähigungsnachweis für die

Bauhandwerker wird sofort verlangt und ebenso ein Entwurf, der die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker enthält. Ferner soll das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb verschärft und das Ausverkaufswesen geregelt werden; die Bestimmungen über die Abzahlungs-geschäfte sind zu verschärfen und den Beamten des Reichs soll die Anteilnahme an Warenhäusern unterlagt werden.

Diese zehn sozialpolitischen Anträge umfassen alle gewerblichen Stände ohne Ausnahme; neben dem Arbeiterschutze ist die Mittelstandspolitik besonders berücksichtigt worden, weil hier eine große Aufgabe der Zukunft liegt. Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes ist die Grundlage für das Blühen Deutschlands.

Und nun zum Bundesrat zurück! Was nützen die schönsten Gesetze, welche der Reichstag annimmt, wenn die Bremser im Kreise der Regierung sitzen. Es sind fast 3 Jahre verflossen — am 16. Juni 1901 —, daß der Reichstag mit großer Mehrheit sich für die Errichtung von Arbeitskammern aussprach, und zwar tat er es im Sinne der Arbeiterverlässe des Kaisers vom 4. Februar 1900. Bis jetzt hat der Bundesrat für die Erledigung dieses dringenden Gesetzes noch keine Zeit gehabt. In der vorigen Session trat der Reichstag mit großer Mehrheit für die Schaffung eines einheitlichen und freiheitlichen Reichs-Vereinsgesetzes ein; dafür hatte die Engherzigkeit mancher Regierungen noch keine Energie übrig. Der Reichstag hat weiter die Anerkennung der Berufsvereine gefordert, er hat die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes befristet, vonseiten des Bundesrates stoisches Schweigen. Wohl sind nicht alle Regierungen rückständig gestimmt in bezug auf sozialpolitische Forderungen; lobend heben wir die wohlwollenden Ausherrungen hervor, welche die Regierungen von Baden, Württemberg, Hessen, Bremen über die Errichtung von Arbeitskammern getan haben. Aber andere Regierungen — darunter die von Sachsen — haben ihr Herz mit einem undurchdringlichen Wall umgeben. Des Reichstages Aufgabe wird sein, diesen durch fortgesetzte Pionier- und Miniarbeit zu sprengen.

So lange sich der Bundesrat als solcher nicht entschließt, die Anträge des Reichstages zu Gesetzen zu erheben, wird es dessen Aufgabe sein, dieselben immer wieder von neuem einzubringen, bis sie als Gesetze aus dem Bundesrate wiederkehren. Uebrigens herrscht auch im neuen Reichstage hinsichtlich der Forderung der Arbeitskammern, des Vereins-, Koalitionsrechtes usw. volle Uebereinstimmung: eine große Mehrheit ist auch für dieselben vorhanden, da der zahlenmäßige Bestand derjenigen Fraktionen, Zentrum, Nationalliberale, Freisinn, die eine Mehrheit für sozialpolitische Vorlagen und Anträge bisher gestellt haben, durch die Wahlen kaum geändert worden ist. Um so mehr bleibt zu wünschen, daß diese Fraktionen im neuen Reichstage bezüglich ihrer Forderungen namentlich in formaler Beziehung sich einigen und dieselben gemeinsam unterstützen; ob dann der Bundesrat endlich einmal aus seiner Reserve heraustritt und Farbe ja oder Nein, bekennen bzw. etwaige Bedenken äußern wird?

Hoffen wir, daß im neuen Reichstage endlich einmal mit dem jetzigen Zustand aufgeräumt wird, der den Arbeitern noch immer das Gefühl raubt, „daß sie ein gleichberechtigter Stand im Staate sind.“ Wird erst dieses Kaiserwort zur Tat, dann werden auch alle übrigen Maßnahmen der Arbeiterversorge in unserem Volksleben erst an Segen und Wirkung gewinnen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der Reichstag wird vor Weihnachten nur die erste Lesung zum Etat und über die Finanzreform erledigen. Am 18. Dezember wird derselbe vertagt werden und am 12. Januar kommenden Jahres die Sitzungen wieder aufnehmen.

Die Regierungen bestreben sich, durch Reformen den Finanzen wieder auf die Beine zu helfen. Hierbei bekämpfen sie nur die Folgeerscheinung und legen nicht die Art an die Wurzel des Übels. Hier sei auf eine Ursache unserer schlechten Finanzlage hingewiesen, es ist die ostasiatische Expedition. Diese hat bis heute gekostet:

im Rechnungsjahre 1900	146 632 218 Mk.
1901	64 383 231
1902	36 046 438
1903	12 332 826
angefordert pro 1904	14 109 712
zusammen	273 504 435 Mk.

(außerdem sind in den gleichen 5 Jahren aber auch noch 57 410 142 Mk. für Kauftschou als Zuschuß ausgegeben bzw. angefordert worden), zusammen also in 5 Jahren 331 014 577 Mk. Ausgabe für die ostasiatischen Unternehmungen. — Daß solche Riesenausgaben, bei gleichzeitigen enormen Ansprüchen für die Marine, die Reichsfinanzen in Unordnung bringen müssen, liegt auf der Hand.

Warum sucht man den Etat des Reiches nicht von den Ausgaben für Ostasien zu entlasten? Der neue Etat bringt abermals eine Erhöhung der Ausgaben um 1 776 886 Mk., anstatt eine Verminderung.

Drei weitere Anträge der Zentrumsfraktion des Reichstages. Dr. Jäger hat in Verbindung mit anderen Parteien den Antrag gestellt, zur Förderung der Wohnungsfrage eine eigene Kommission einzusetzen und diese mit der Förderung einschlägiger Fragen zu beauftragen. Dr. Vachem brachte mit Unterstützung der Fraktion seinen früheren Antrag auf Bildung von Heimstätten wieder ein. Gröber fordert mit Unterstützung der gesamten Fraktion die Einführung von Tagegeldern an Reichstagsabgeordnete.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Freitagabend die Genossen Vebel und Singer als Redner zur ersten Lesung des Etats. Sodann wurde über die einzubringenden Initiativanträge Beschluß gefaßt. Ein Antrag verlangt die Wiederherstellung der früheren Bestimmungen in der Geschäftsordnung des Reichstages über die Wortmeldung „zur Geschäftsordnung“. Ein zweiter Antrag verlangt für alle Bundesstaaten und für Elsaß-Lothringen eine Volksvertretung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes für alle über 20 Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechtes gewählt wird. Beschlossen wurde ferner die Einbringung der Anträge betreffend die Aufhebung der Majestätsbeleidigungs-Paragrafen und der Erweiterung des Artikels 31 der Verfassung, der von der Immunität der Mitglieder des Reichstages handelt. Ferner wurde beschlossen einen Antrag einzubringen, der die geheime Wahl für die Knappschaftswahlen verlangt.

Handelsvertragsverein. Wie die „National-Zeitung“ erfährt, hat Geheimere Kommerzienrat Herz das Präsidium im Handelsvertragsverein niedergelegt.

Die polnische Reichstagsfraktion hat sich konstituiert, zum Vorsitzenden den Czarninski, zu dessen Stellvertreter den Abg. v. Garkulski, zum ersten Schriftführer Graf Wielzynski, zum Quästor v. Wolzlegier gewählt. Die Eingabe des polnischen Zentralwahlkomitees wegen der Wahl des Abg. Kulerski in König-Rudol gegen den Willen des zuständigen Zentralkomitees ist bereits in der Fraktion zur Sprache gekommen.

„Eine ekelerregende Tat.“ Unter dieser Ueberschrift berichtet der Gewerksverein, das Organ des Verbandes der Hirsch-Dunderrischen Vereine, in Schiedlich sei ein 19-jähriger Handarbeiter namens Bach, Mitglied des Ortsvereins und treuer Anhänger der Gewerksvereine, ein ruhiger Mann, schon seit längerer Zeit zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Holzarbeiter Verband gedrängt worden. Als am 18. November erneute Verleumdungsversuche an Bach von demselben ruhig abgewiesen wurden, wurde der sozialdemokratische Arbeiter Jurisch so wütend, daß er den Bach mit den Worten: „Na, dann led' Fett“ seinen ausgekauften Printabak ins Gesicht warf. Der Gewerksverein bemerkt dazu: „Hört ihr's, ihr Gewerksvereiner allüberall?! Man beschuldigt eure geleistete Arbeit, man ruiniert oder verstockt euch das Arbeits- und Werkzeug, man schimpft und schmäht euch, man bringt euch aus der Arbeit, man scheidet euren Umgang, man spudt euch ins Gesicht, man bewirft euch mit Unrat, warum? weil ihr — anders organisiert seid, weil ihr nicht zu einer Organisation gehört, deren Mitglieder zu solchen Mitteln greifen, um für „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ neue Anhänger zu werben. Werdet ihr nun bald klug und wendet euch mit Abscheu und Entrüstung weg von solchen „Arbeitsbrüdern, die mit Mitteln kämpfen, die zu den schmutzigsten und ekelhaftesten gehören!“

Nationalliberale und Evangelischer Bund. Das Stöckerische „Volk“ hatte es als unerhört bezeichnet, daß ein süddeutscher nationalliberaler Professor den Bund für seine Parteizwecke ausnütze. Die „Kreuzzeitg.“ deutete durch eine Einschaltung an, daß dieser Hinweis sich nur auf den Prof. Dr. Hieber beziehen könne. Jetzt sendet nun der Regierungspräsident v. Quzel aus Ludwigsburg der „Kreuzzeitung“ ein Schreiben, in dem der Vorwurf des „Volk“ gegen jenen nationalliberalen Führer ungerecht und unwahr bezeichnet wird. Man könne ja, so führt Präsident v. Quzel u. a. aus, bezüglich des Evangelischen Bundes, der in den verschiedenen Teilen des Reiches einen verschiedenen Charakter trage, geteilter Meinung sein. Aber der Vorigende des württembergischen Hauptvereins, Dr. Hieber, habe den Bund niemals zu Parteizwecken mißbraucht und namentlich kein Geld zu gunsten der nationalliberalen Partei verwendet, er habe im Gegenteil stets betont, daß der Bund sich von der Politik fern halten müsse, und eben dadurch sei erreicht worden, daß auch positive und konservative Christen — zu denen sich auch Präsident Quzel rechnet — dem Bunde beigetreten sind. Das mag stimmen, aber das eine steht unbestritten fest, daß Dr. Hieber sein Reichstagsmandat lediglich seiner Eigenschaft als Vorstand des Evangelischen Bundes verdankt. Der Bund der Landwirte wollte ihm anfangs einen

Wegen des hohen Feiertages Mariä Empfängnis erscheint die nächste Nummer erst Mittwoch nachmittag.